

Die große Resonanz auf die Einladung der Linksfraktion im Landtag zur Veranstaltung am 19. Januar für ein modernes, zukunftsorientiertes Personalvertretungsrecht in Thüringen „zeigt, wie richtig und wichtig es ist, im Vorfeld einer Gesetzesänderung den Austausch mit den Betroffenen zu suchen“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, mit Blick auf die anstehende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Der Abgeordnete dankte den Personalrätinnen und Personalräten aus den Ministerien, Behörden und Einrichtungen für die engagierte Diskussion und die zahlreichen Vorschläge zur Stärkung des Personalvertretungsrechtes und der Mitbestimmung im Zuge der Gesetzesänderung.

Das ThürPersVG, so die gängige Abkürzung für Thüringer Personalvertretungsgesetz, regelt, wie Beschäftigte in den Dienststellen der öffentlichen Verwaltung, also von der Gemeindeverwaltung über die Polizeiinspektion bis zu den Ministerien, ihre Rechte um- und durchsetzen können.

Rainer Kräuter hob nach der Veranstaltung hervor, dass die Qualität der Einstiegsreferate, gehalten von Frank Schönborn, Vorsitzender der Arbeitsgruppe der Hauptpersonalräte und stellvertretender Vorsitzender des Thüringer Beamtenbundes (tbb), und Sandro Witt, stellvertretender Vorsitzender der DGB-Bezirks Hessen-Thüringen, sehr hoch gewesen ist. „Ich war überrascht, dass die Forderungen des DGB und des Beamtenbundes so umfassend und doch vielfach deckungs-

# Den Verwaltungsumbau offensiv begleiten

Zahlreiche Vorschläge für anstehende Novellierung des Personalvertretungsgesetzes



gleich waren. Ich nehme das als deutliches Zeichen auf, dass die Politik hier dringend handeln muss.“

In der Diskussion wurde von vielen Personalräten gezeigt, wo genau im Gesetz Handlungsbedarf gesehen wird. „Letztlich geht es um eine deutliche Demokratisierung des öffentlichen Dienstes in Thüringen. Unter anderem muss der Zustimmungsverweigerungskatalog abgeschafft werden. Fristen, bis wann ein Personalrat zu einem Thema Stellung beziehen soll, jedoch keine Regelung bis wann ein Dienstherr auf eine Frage des Personalrates zu antworten hat, sind ein Fossil undemo-



kratischen Arbeitsverständnisses.“ Viele Beschäftigte wünschten sich ein Gesetz, das sich an das Betriebsverfassungsgesetz anlehne. Es sei auf einzelne gesetzliche Regelungen hingewiesen worden, die sich Beschäftigte in einem Personalvertretungsrecht wünschten.

„Nun kommt es darauf an, wie wir im Diskussionsprozess in der Koalition und im Dialog mit den Personalräten ein modernes und demokratisches Gesetz auf den Weg bringen, das den Personalrätinnen und -räten eine gute Arbeitsgrundlage gibt. Der Anfang, und vor allem ein demokratischer Anfang in

der Diskussion mit den Betroffenen selbst, wurde nunmehr gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass wir unter r2g (Rot-Rot-Grün) eine gute Lösung für und mit den Beschäftigten erarbeiten, auch vor der Umsetzung einer Verwaltungs-, Kommunal- und Gebietsreform. Die Modernisierung und ein Mehr an Mitbestimmung werden den Umbau der öffentlichen Verwaltung in Thüringen offensiv begleiten. Moderne Mitbestimmung und Wertschätzung der Personalräte werden eine wesentliche Grundlage für die Umsetzung der Reformvorhaben der Regierungskoalition sein“, betonte Rainer Kräuter. ■

## Im Gespräch mit MdL Ute Lukasch zum sozialen Wohnungsbau in Thüringen

Im Arbeitskreis Infrastruktur und Landwirtschaft der Regierungsfractionen LINKE, SPD und Grüne im Landtag ging es kürzlich um Fördermöglichkeiten für den sozialen Wohnungsbau. Das Thüringer Infrastrukturministerium stellte die Entwürfe für neue Wohnungsbau-richtlinien vor. Mit dabei waren Vertreter des Verbandes der Wohnungswirtschaft, einzelner Wohnungsunternehmen sowie Verantwortliche für Wohnungswesen aus Kommunen. Worum geht es?



Es geht um Wohnungen zu sozial verträglichen Mieten, mehr barrierefreie und damit auch altersgerechte Wohnungen sowohl im Bestand als auch in der Modernisierung. Zur Förderung der Barrierefreiheit zum Beispiel - da geht es auch häufig um den Anbau von Fahrstühlen an Wohnblöcke -, können die Unternehmen mit Zuschüssen rechnen, die bis maximal 10.000 Euro pro Wohnung reichen sollen.

**Warum werden diese neuen Richtlinien jetzt gebraucht?**

Weil einfach mehr Sozialwohnungen nötig sind. 2010 gab es in Thüringen noch 55.000 Sozialwohnungen. Nach Wegfall der Belegbindung waren es 2013 noch knapp 35.000. Im Jahr 2014 fand gar kein Neubau von Sozial-

wohnungen statt. Aber in Thüringen gibt es allein knapp 95.000 Bedarfsgemeinschaften nach Hartz IV. Hier muss also dringend etwas geschehen. Da andererseits Kredite auf dem Finanzmarkt billig zu haben sind, musste ein Anreiz für die Wohnungsunternehmen her, Darlehen des Landes für den sozialen Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen.

**Wie sollen die Konditionen gestaltet werden?**

Beim Neubau von Sozialwohnungen soll es zinslose Darlehen bis 80 Prozent der förderfähigen Gesamtkosten geben, ebensolche zinslosen Darlehen bei der Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten. Auch hier werden

80 Prozent der förderfähigen Kosten, maximal 60.000 Euro pro Wohnung, entsprechend gefördert. Außerdem soll für Wohnungseigentümer ein Modernisierungsprogramm kommen, also zinslose Darlehen für Hausbesitzer im sicherlich eher ländlichen Raum, damit sie ihre Häuser z.B. barrierefrei umbauen können.

**Du bist sehr angetan von den angekündigten Richtlinien?**

Ja, die sind richtig gut. Und das vor allem deshalb, weil sie aus der Sicht der Mieter erarbeitet wurden. Strikter Ansatzpunkt unseres, von der LINKEN Ministerin Birgit Keller geführten Ministeriums ist die sozialverträgliche Miete. Um dabei den regionalen Gegebenheiten in Thüringen gerecht zu werden, soll es verschiedene Mietstufen geben, denn eines ist doch auch klar, die Höhe der Mieten in Erfurt, Jena und Weimar unterscheidet sich nunmal von denen in Greiz oder in Suhl, aber es muss da und auch dort etwas getan werden.

Im Übrigen können alle Mittel aus dem sozialen Wohnungsbau mit den Mitteln der Städtebauförderung, der Dorferneuerung oder des Denkmalschutzes kumuliert werden. Die Richtlinie für die Städtebauförderung ist schon auf den Weg gebracht und ein

wichtiges Instrument in der Stadtentwicklung, insbesondere in der Wohnumfeldgestaltung.

**Das Kopofor (Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V.) lädt für den 20. Februar zu einer Konferenz „Neue soziale Wohnungspolitik in Thüringen“ in den Landtag (ab 10 Uhr, Raum 101) ein. Was erwartet die Gäste?**

Ministerin Birgit Keller wird die Möglichkeiten und Vorhaben zum sozialen Wohnungsbau in Thüringen vorstellen. Um die soziale Wohnraumversorgung und Stadtentwicklungspolitik geht es in einem Vortrag von Prof. Barbara Schöning von der Bauhaus-Universität Weimar. Die Vorstellungen der Wohnungsunternehmen wird Constanze Victor vom Verband der Thüringer Wohnungswirtschaft erläutern.

Außerdem kommen Vertreter des Mieterbundes, der Bundestagsfraktion der LINKEN und ein Experte für kommunales Bauland zu Wort. Abschließend wird es noch eine Podiumsdiskussion geben. Ich kann nur alle unseren kommunalen Abgeordneten, und besonders die, die in der Wohnungspolitik Verantwortung tragen, ganz herzlich zu dieser Veranstaltung einladen. ■